



Politik braucht Zukunftsorientierung

29.03.2016

Vorsorge hätte auch die Flüchtlingskrise entschärfen können

München, 29. März 2016.- Zukunftsorientierung und damit auch Vorsorge gegen Krisen ist eine wichtige Zielsetzung zur Sicherung des gesellschaftlichen Lebens. In der Politik wird dies teilweise übersehen und führt zu Schnellschüssen als Reaktion auf eigentlich lange sichtbare Entwicklungen.

Die Flüchtlingskrise war vorhersehbar. Der Arabische Frühling wurde als politisch positives Ereignis gewertet, obwohl Kenner der arabischen Welt von Anfang an darauf hinwiesen, dass die Revolution nicht zur Demokratie führen werde. Über Jahre hinweg haben sich daraus Bürgerkriege und Terrorattacken entwickelt, die in Syrien letztlich die schlimmsten Folgen mit sich brachten. Aber auch in Libyen oder Ägypten kämpfen politische Gruppen um die Macht. Dem frühzeitig durch diplomatisches Engagement entgegenzuwirken, hätte möglicherweise die dramatischen Effekte – sowohl dort als auch bei uns -- zumindest lindern können. Die europäischen Staaten -- u. a. Deutschland -- sahen sich jedoch nicht veranlasst, vorsorgend gegen Fehlentwicklungen vorzugehen. So wurden beispielsweise die Zahlungen für Flüchtlingscamps in Syrien nicht erhöht, vielmehr von manchen Staaten sogar ganz ausgesetzt, sodass dort keine Lebensmittel mehr beschafft werden konnten und die Menschen quasi nach Europa getrieben wurden

Dass Deutschland verfolgte Asylanten aufnimmt, und zwar ohne jede Einschränkung, ist ein Gebot der Nächstenliebe und auch unserer Verfassung. Dazu der Vorsitzende des Cartellverbandes Rechtsanwalt Emrich in München: „Wer um sein Leben fürchten muss, sollte in Deutschland immer Schutz finden. Dies gilt aber keinesfalls für alle

diejenigen, die -- ohne verfolgt zu werden -- nur hoffen, dass es ihnen in Deutschland besser gehen wird.“ Klare, dann auch eingehaltene Regelungen über eine denkbare Zuwanderung müssen den Wirtschaftsflüchtlingen deutlich machen, dass bei uns nicht jeder willkommen ist. Die unkontrollierte und meist auch unregistrierte Aufnahme aller nach Deutschland strömenden Personen -- ob asylberechtigt oder nicht - führt demgegenüber zu Problemen in der einheimischen Bevölkerung. Die Ergebnisse der zurückliegenden Landtagswahlen und die großen Stimmanteile einer rechtspopulistischen Protestpartei wie der AfD zeigen dies deutlich. Sie sind eine logische Folge der fehlenden politischen Klarstellung und einer entsprechenden rechtlichen Durchsetzung. Der Wähler ist nicht dumm und straft ab, wenn er den Eindruck hat, dass nicht das Wohl des gesamten Volkes bedacht und zum Gegenstand der politischen Entscheidungsfindung gemacht wird.

Die jetzt bestehenden Probleme hätten mit rechtzeitiger Vorsorge verhindert bzw. zumindest entschärft werden können. Schon Ende der 70er Jahre machten beispielsweise Abgeordnete auf die demografischen Verluste unseres Landes aufmerksam, die eigentlich zu einer Regelung der Zuwanderung hätten führen müssen. Stattdessen sahen Parlament und Regierung dem Rückgang der Geburtenzahlen nur zu, bis sich die Wirtschaft über fehlende Arbeitskräfte beklagte. Eine Regelung der Zuwanderung, die auch in der Flüchtlingskrise ihren Nutzen gebracht hätte, fand aber nicht statt.

Die Politik reagiert auf entstandene Krisen mit kurzfristigen Maßnahmen, statt vorsorgend mit langfristigen Regelungen einer negativen Entwicklung entgegen zu wirken. Politische Entscheidungen sollten aber der Zukunftssicherung dienen und nicht der Bewältigung schon eingetretener Krisen. Dies setzt allerdings voraus, dass langfristig gedacht und agiert wird unter verfassungsgemäßer Einbeziehung des Parlaments. Oberste Zielsetzung dürfen nicht das zahlenmäßige Ergebnis der nächsten Wahl oder das nächste Regierungsamt sein, vielmehr muss das an Sachfragen orientierte Streben dem Wähler die echte Möglichkeit zu Entscheidungen bieten.

[zurück zur Übersicht](#)